

Linke: Neue Satzung schädlich

Unterstützung für Geschäftsleute

BONN. Der Ärger der Geschäftsleute in der Friedrichstraße über die neue Gestaltungs- und Werbesatzung (der GA berichtete) hat auch die Politik erreicht. Und die Linksfraktion teilt die Kritik. Nach Ansicht der Bezirksverordneten Gitti Götz zeige sich hier sehr anschaulich, dass die sehr kleinteiligen Vorgaben der neuen Satzung an der Realität und am Ziel vorbeigehen.

Eben die durch die neue Satzung erzwungene Uniformität und Gleichmacherei habe die Linksfraktion früh kritisiert. So schränke beispielsweise das Verbot einer von „Nachbargebäuden dissonant abweichende Farbgebung“ oder Vorgabe über einen einheitlichen Stuhl-, Tisch- oder (unifarbenen) Schirmtyp des gleichen Fabrikats im Bereich der Außengastronomie die Gestaltungsfreiheit unnötig ein. „Sogar die maximale Fläche eines Tisches ist in der Satzung geregelt.“ Hinzu kommt laut Götz, „dass diese bürokratischen Vorgaben kaum im Rahmen eines zumutbaren Aufwands durch den Ordnungsdienst zu kontrollieren sind.“ Eine Gestaltungssatzung solle Auswüchse verhindern, aber keinesfalls auf eine Uniformität des Stadtbildes setzen. Aus diesem Grund habe die Fraktion die neue Satzung im Stadtrat auch abgelehnt.

Aus Sicht der Linken sind viele Vorgaben der neuen Satzung überflüssig oder sogar – wie in der Friedrichstraße – schädlich. Daher unterstützt die Fraktion die Forderung der Geschäftsleute in der Friedrichstraße für mehr Gestaltungsfreiheit und der Öffnung einer Experimentierklausel. An diesem Fall zeige sich auch, dass ein Kopieren der Satzung für andere Stadtbezirke, wie es in Godesberg vorbereitet wird, der falsche Weg sei.